

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Abgabepreise:** Die 20 mm breite Seite kostet Goldmark 0,30, für auswärtige Goldmark 0,35, für das Ausland Goldmark 0,50. Die Anzeigenpreise sind nach dem Tarif für den Druck der Anzeigen zu berechnen. Die Druckkosten für die Anzeigen sind nach dem Tarif für den Druck der Anzeigen zu berechnen. Die Druckkosten für die Anzeigen sind nach dem Tarif für den Druck der Anzeigen zu berechnen.

**Unabhängige Tageszeitung**  
**mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Bezugspreise:** Für den halben Monat 1 G. Mark, für den Monat 2 G. Mark, für die Vierteljahrszeitung 7 G. Mark, für die Halbjahrszeitung 13 G. Mark, für die Jahrszeitung 25 G. Mark. Einzelnummer 10 G. Pfennig.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 27 980, 27 981, 27 982, 27 983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Nr 81

Freitag, 4. April 1924

XXXII. Jahrgang

## Die Vorschläge der Sachverständigen und Belgiens Forderungen

Neuer Druckversuch Poincarés durch die Botschafterkonferenz — Vor einer neuen Niederlage Macdonalds?

### Vor der Entscheidung der Sachverständigen-Gutachten

### Die englisch-französische Konversation

Mitteilungen von englischer Seite

Von unserm eh-Mitarbeiter

Paris, 27. März

(Telegramm unseres Korrespondenten)

(Kabinett verboten)

ch. Paris, 3. April

Ueber die Auffassungen der belgischen Regierungskreise von dem Ergebnis der Sachverständigen-Konferenz und der sich daran anschließenden interalliierten Verhandlungen wird hierber gemeldet: Man glaubt, daß es der Reparationskommission nicht schwer sein werde, eine rasche Entscheidung über den Beschluß der Sachverständigen-Kommission zu fällen, und daß sich die alliierten Regierungen, die bereits über die wichtigen Punkte des Beschlusses auf dem laufenden seien, entscheiden würden, so daß wie möglich über weitere Schritte zu beraten. Man glaubt ferner in naheliegender belgischer Kreise, daß die alliierten Regierungen sehr schnell über die geforderten Sachverständigenbeschlüsse sich in positivem Sinne einig werden, und daß sich an die Belgier eine interalliierte Besprechung in Paris anschließen wird. Auf eine Unterredung zwischen Poincaré und dem belgischen Ministerpräsidenten soll verzichtet werden. Die letzte französische Ministerkrisis hat den belgischen Ministerpräsidenten daran verhindert, seinen Plan auszuführen und nach Paris zu kommen. Da jedoch eine allgemeine Verständigung zwischen Brüssel und Paris besteht, so sei es nicht mehr nötig, vor der interalliierten Konferenz noch eine Konferenz zwischen dem belgischen und dem französischen Ministerpräsidenten zu veranstalten. Dagegen glaubt man, daß

### Die deutschen Bahnen, Hypotheken und Monopole als Pfänder?

Paris, 3. April. (Via. Drahtbericht.) Dem „Echo de Paris“ zufolge bieten die Sachverständigen Frankreich bzw. den Verbündeten die nachstehenden Pfänder an:

1. Die deutschen Eisenbahnen (11 Milliarden Francs) und eine Transportsteuer von 200 Millionen.
2. Hypothekendarlehen im Betrag von 5 Milliarden.
3. Den Ertrag der Steuern auf Tabak und die Monopole in Höhe von 1200 Millionen jährlich.

Während der Dauer des vierjährigen Moratoriums dürften insgesamt 5 bis 6 Milliarden an Fremdwährungen nach Deutschland fließen. In dem vorgenannten Blatt stellt Verlinax den Nachteil fest, daß diese Pfänder auf das Deutsche Reich in seiner gesamten Ausdehnung verteilt sind. Er schreibt: „Auf die im Ruhrgebiet ergriffenen Pfänder können wir daher nicht verzichten, und das ist der Grund der militärischen Besetzung, die bis zur völligen Wiedergabe unserer Schuldforderungen andauern wird. In welchem Maße aber können wir das produktive Pfändersystem, das heißt die Rückverträge, die französisch-belgische Regie und andere Organisationen abändern? Diese Frage wird durch die Empfehlungen des Sachverständigenkomitees aufgeworfen werden. An Hand der geführten Rede Poincarés sind wir zu der Antwort berechtigt: In dem Maße, in dem die gegenwärtigen Pfänder in ein allgemeines Pfändersystem untergebracht und Kapitalzahlungen an uns geleistet werden können. Um diese Kapitalzahlungen zu ermöglichen, muß die deutsche Regierung sich zu dem Zweck verpflichten, die deutsche Eisenbahnverwaltung und die Reichsbank zu verstaatlichen. Verlinax behauptet dann noch, daß die Sachverständigen leider nicht eingesehen hätten, daß das deutsche Reich die einzige Möglichkeit zur wirksamen Annahme eines allgemeinen Pfändersystems bieten könne. Verlinax zieht dann auf die eventuelle Abtragung der Bergwerke an den französischen Staat ab und meint, daß die Übertragung von deutschen Wäldern in dieser Form es Deutschland ermöglicht hätte, auf das Moratorium zu verzichten.“

Als sich Kritiker Briand, vor siebenundzwanzig Monaten, nach Canes begab, um mit Lord George die „prinzipiellen Bedingungen einer gemeinschaftlichen Politik“ festzusetzen, da hatte Europa auf einen Erfolg dieser Aussprache. Zweifellos wäre damals der Weg zur englisch-französischen Verständigung gebahnt worden. Doch Poincaré und Millerand wollten es anders. Sie brachten Briand, der angeblich einen unvorstellbaren Eifer für den Vertrag mit Lord George schenkte, zu Fall; mit Hilfe der reaktionären Gruppen des Bloc national (Taubet voran!) kempelten sie Briand zu einem „gefährlichen“ Staatsmann, der Frankreichs Siegesfrüchte gegen einen fragmentarischen Bundesvertrag mit England in Trübsen geben wollte. Die Worte für den Vertrag hingen ab, besagte ein französisches Wort, das Briand in die Ohren gebrüllt wurde...

Poincaré durchkreuzte die Genuefer Konferenz und legte die Blockade in Bewegung, um den Einmarsch an die Ruhr vorzubereiten. Derselben Publikisten, A. D. der fester verordnete Philippe Millet, die unter Briand hartnäckig aneinandergeklebten, welche unangenehme wirtschaftlichen und außenpolitischen Folgen die Ruhrbesetzung nach sich ziehen werde, drohen sich um und folgten dem neuen Wecker; sie proklamieren die Vorteile, Garantien, sie haben selbst rosenrot, wie sie es vorher schwarz gesehen hatten.

Im Parlament dudeten sich die Vinsrepublikaner (heute der Blockade), um post festum zu erklären, daß sie Frankreichs Ehre, Frankreichs Ehre, die nun einmal engagiert sei, nicht im Stich lassen dürften. Eine sonderbare Opportunistenpolitik, deren künftige Ergebnisse heute auf dem Vinsblock schwerlich zu erwarten sind. Der Bloc national blieb seiner Lösung — so hieß es auch in — fern, er betrachtete das Ruhrbedenken als das Kanon an französischer Größe und Macht. Der Vinsblock steht aber zur Politik Kritiker Briand zurück, zur Erkenntnis der Notwendigkeit, daß Frankreich ohne ein freundschaftliches England die fundamentalste Sicherheit gegen einen deutschen Angriff nicht werde schaffen können. In den vorhergehenden siebenundzwanzig Monaten leitete der Bloc national ab, was man von ihm zu erwarten hatte: eine militärische Operation, die Frankreich schwere Opfer auferlegte und herbe Enttäuschungen brachte. Die Vinsrepublikaner müssen sich den berechtigten Vorwurf gefallen lassen, daß sie ihre Stimmen mit denen der völkerrätlichen Mehrheit vereinigten, bis die Annahmen des Landes ins Wasser gerieten. Weder die Preisgabe des passiven Widerstandes, noch die deutschen Angebote veranlaßten Männer, wie Verriot, Poincaré, ihr Kompromißgeschäft mit der Regierung aufzugeben.

Seit Canes ist an dem englisch-französischen Sicherheitsplan nicht mehr gerührt worden. Poincaré stellte dem Memorandum Lord Georges (in Canes ausgearbeitet) ein anderes gegenüber, das keine britische Regierung unterschreiben kann und wird, denn es würde England zwingen, in eine rein deutsch-französische, von Frankreich geführte Rüstungsgruppe einzutreten. Es würde außerdem der britischen Schwermacht Verpflichtungen auferlegen, die mündelnd die Leistungen im letzten Kriege erreichen müßten.

Bereits Lord Curzon spaltete die Eventualität eines Sicherheitspaktes mit Frankreich aus. Die Angelegenheit in den Händen des französischen Generalstabes — das war das Hauptziel des Rabinets Poincaré, und damit erfüllte sich der Traum derjenigen Gruppen, die mit einem englisch-französischen Pakt niemals rechnen, vielmehr die Bedingungen eines solchen Vertrages bereit formulierten, daß der Partner nicht darauf eingehen konnte. Alles, was unter der Regierung Poincaré hinsichtlich des Sicherheitsvertrages getan, das heißt, in Noten und Memoranden verfaßt worden ist, diente bloß dem Zweck, den Schein zu wahren, sich gegen parlamentarische Interventionen zu schützen. Tatsächlich hätte das Selbstvertrauen Poincarés in der leicht zu beschwichtigenden Vinsrepublikanerie schon in der besten Ordnung. Das Genetentvermögen ist nicht zu sagen, denn sie hatten sich ja mit dem produktiven und militärischen Pfänder, dem Ruhrgebiet, einverstanden erklärt. Nun vertritt man aber aus London, daß dieses Selbstvertrauen eine Grundlage für neue Unterhandlungen bilden soll. Da werden sämtliche Politiker, gleich welcher Richtung, sehr skeptisch. Nein, sagen sie, mit den Worten Poincarés, so lang sie auch stillst, so „logisch“ sie auch abgesetzt sind, mit diesen Vorschlägen wird sich nie und nimmermehr etwas erreichen lassen. Es hat also niemand ernstlich an den praktischen Wert des Selbstvertrages gedacht; daß Scheinmanöver wurde mit-

gemacht, solange es eben ging. Das Haupthindernis, die Ruhrbesetzung, fauchte der französische Politiker, schaltete es aber in seinen Reden aus und richtete an England die Einladung, sich mit Frankreich an verständigen.

Unter der spanischen Hand flüchtete man sich ins Ohr, daß England einen neuen Weg einschlagen werde, um seine Stellung in Europa zu fundieren. Die Manöver der britischen Kriegsschiffe im westlichen Mittelmeer erweckten manchen auf die politischen Kreise einen starken Eindruck. Es drängte sich die Frage auf, ob das Aufmarschgebiet der französischen Kolonialtruppen durch englische Seestreitkräfte gesichert werden könnte; und die Zurückhaltung der italienisch-spanischen Mittelmeerpolitik, deren konvergierender Verlauf mit der Englands beobachtet werden kann, löste Beunruhigung ein. Man darf nicht vergessen, daß 750 000 Araber in Nord- und Mittelafrika leben, um im Kriegsfall an den Rhein geworfen zu werden; diese Araber zählen mit zu den hundert Millionen Franzosen — so sagt der Schöpfer dieser Idee, General Mangin —, die das Land jenseits des Rheins verteidigen sollen.

Es war nicht die Reparationsfrage allein, die der französischen Regierung eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Sicherheitspakt notwendig erscheinen ließ, sagte mir eine englische, gutunterrichtete Persönlichkeit. Es war die Gefahr einer Affirmation der englischen Völkerrätigkeit im westlichen Westen, unter vorläufiger Aufrechterhaltung der Rüstungen im Fernen Osten, womit Singapur gemeint ist. Die Überzeugung, daß das britische Weltreich in Europa verteidigt werden müsse, herrscht in allen Parteien des Unterhauses. Sie wird auch von dem Chef der Kontraktäre geteilt. Singapur ist ein wichtiger Punkt für die Sicherung der Dardanelenstraße. Das Mittelmeer und namentlich das westliche, bildet heute den Rücken des britischen Reiches. Abgesehen davon wäre es gewiss französischen Kreisen lieber gewesen, wenn wir unter Hauptinteresse dem Fernen Osten zugewendet hätten.

Mein Gewährsmann bemerkt zu den jetzt begonnenen Verhandlungen: Weder das Selbstvertrauen noch der Briefwechsel zwischen Poincaré und Macdonald enthalten den Schlüssel zur Lösung. Wenn Poincaré, rein militärisch gefordert, im Rheinland den verhältnismäßigen Zustand herstellt, wie er sich aus dem Versailleser Pakt und aus dem Rheinabkommen ergibt, so wird man über den Sicherheitsvertrag ernstlich reden können. Die überwältigende Mehrheit des englischen Volkes wünscht, daß die Frankreich zu gewährenden Garantien innerhalb des Selbstvertrages ihre Rückversicherung finden sollen. Deutschland als Mitglied im Selbstvertrage und Statutar des Nichtangriffsvertrages wäre ein wichtiger Faktor in dem englischen Sicherheitsplan. Provisorische Lösungen wären nicht ausgeschlossen, vorausgesetzt, daß sie in dem gewöhnlichen Endziel führen. Der einzige Ausgangspunkt bleibt aber die Klärung der Ruhr- und Rheinfrage. Kehrt Frankreich in den Rahmen des Versailleser Vertrages zurück, so wird England die oben genannte Konversation beschleunigen und, wenn irgend möglich, einem befriedigenden Ergebnis, sei es auch nur vorläufiger Natur, zuführen. Die Entscheidung liegt also bei Herrn Poincaré. Ist er selbst gebunden, so liegt sie bei seinem Nachfolger, der wahrscheinlich mit dem Ergebnisse der Kammerwahlen wird Rechnung halten müssen.

### Neue Dokumente für Poincarés Kriegstreiberi

Im „Berliner Tageblatt“ werden heute neue Dokumente aus dem ersten Balkankrieg veröffentlicht. Es sind in der Hauptstadt Geheimtelegramme Schwobitz, die ihn in den englischen Einvernehmen mit dem letzten zum Minister des Auswärtigen gewordenen Poincaré zeigen und mehr als erhörten, mit welchem Eifer beide Herren damals den Krieg geführt haben und befehlen gewesen sind, schon damals England hinzuzuziehen. Ganz erregt zeigen sie sich beide, daß man anscheinend in Rußland nicht schon im Dezember 1912 militärische Vorbereitungen gegen Deutschland und Deutschland trifft, worauf dann unter dem 18. Dezember 1912 von Herrn Sonnenschein die beruhigende Versicherung eintrifft, daß das doch geschehen ist. Diese Dokumente sind der Beweis, daß Europa schon 1912 am Abgrund des Weltkrieges stand. Es ist durchaus zutreffend, wenn das „B. Z.“ in diesem Zusammenhang sagt: „Die größte Bedrohung für den Frieden bestand zweifellos darin, daß es unmöglich gelungen war, Poincaré ganz zu seinem Gesinnungsgegenstand zu machen.“

### Belgien folgende Vorschläge machen

Belgien wird es nicht erlauben, daß nach dem Sachverständigenbeschlusse das Zahlungsstatut des Jahres 1921 abgeändert wird, zweitens wird es die Frage der interalliierten Schulden antworten, zweitens wird es verlangen, daß die Verteilung der Entschädigungen nach einem andern Prozedere beschleunigt wird. Belgien würde bereit, auf seine Priorität, die eine halbe Milliarde Goldmark beträgt, zu verzichten, wenn es bei der Verteilung der deutschen Zahlungen einen höheren Prozentsatz erhält. Außerdem wird die belgische Regierung auf der interalliierten Konferenz beantragen, daß die künftige internationale Aufsicht auf die deutsche Reichsbahn ausschließlich zum Vorteil Frankreichs und Belgiens angenommen wird. Ueber die Frage, ob sich Deutschland mit dem Expertenbeschlusse einverstanden erklären wird, beruht in belgischen Regierungskreisen eine sehr optimistische Auffassung, denn man vertritt die Meinung, daß Deutschland, wenn es sich gegenüber einem einstimmigen Beschluß der Alliierten befindet, nachgeben und auch die nötigen Garantien leisten werde. — Der „Tempo“ beschäftigt sich mit der

### deutschen Entwaffnungsnot

und vertritt den Standpunkt, daß eine Wiffen des Völkerbundes nicht in der Lage wäre, die deutschen politischen Rüstungen zu prüfen, denn es habe sich oft gezeigt, daß sich der Völkerbund die Augen verbinden lasse. Das Blatt glaubt, daß momentan in Deutschland die Nationalisten wahrer Degen seien und unabhängig von der Regierung zu einem Krieg rufen. Mit einem außerordentlichen Verstand beurteilt der „Tempo“ die Lage in Deutschland. Er versteht sich mit der vom Frühling 1914. Man bildet sich, so schreibt das Blatt, in Deutschland ein, daß die Engländer vor einem Bürgerkrieg stehen und daß man in Frankreich zu einer Revolution rüht. Mit diesen Fäulnissen treibt man die Massen wieder in einen Konflikt. Das Blatt wünscht, daß die Forderung Frankreichs, die Militärmissionen energisch arbeiten zu lassen, durchgesetzt werde. —

### Ueberreichung der Sachverständigen-Berichte am Sonnabend

Paris, 3. April. (Via. Drahtbericht.) Die Alliierte Presse ist voll von zum Teil widersprechenden Angaben über die Berichte der beiden Sachverständigenkommissionen. Der belgische Bericht wird nach dem Bericht des belgischen Ministerpräsidenten am Sonnabend vor Mittag Herrn Verriot übergeben werden. Der belgische Bericht wird nach dem Bericht des belgischen Ministerpräsidenten am Sonnabend vor Mittag Herrn Verriot übergeben werden. Der belgische Bericht wird nach dem Bericht des belgischen Ministerpräsidenten am Sonnabend vor Mittag Herrn Verriot übergeben werden.

### Verhüllte Regierungstrife in England

Um das Mietgesetz

London, 3. April. (Via. Drahtbericht.) Die liberale Fraktion hat sich in einer seltener vorhin abgehaltenen Sitzung mit dem Regierungsvorschlag zum Mietgesetz befaßt. Sie ist an dem Beschluß gekommen, daß der Entwurf abgelehnt werden und belagen muß, daß durch die Verhinderung eines allgemeinen Entwurfs anhaltend unzufrieden oder arbeitloser Mieter dem Hauswirt kein finanzieller Schaden entstehen dürfte. Die liberale Partei wird andererseits gegen die Vorlage stimmen. Da die konservative Partei überlebens zum Entwurf eine ablehnende Haltung einnimmt und selbst in der Arbeiterpartei Gegner der Vorlage zu finden sind, ist über Nacht eine Regierungskrisis entstanden. Es wird jedoch für den Augenblick noch nicht mit einer entscheidenden Abstimmung gerechnet, und es ist möglich, daß die Entscheidung auf einen Tag der nächsten Woche verschoben wird.

Die Abstimmung braucht indessen noch nicht eine Niederlage der Arbeiterpartei mit sich zu bringen. Voraussetzung ist dabei, daß die Regierung ihre Einseitigkeit mit der Vorbereitung der Abstimmung konstatieren, was zur Zeit noch nicht geschehen ist. Es drohen die Regierungskreise auch keinen Tag, zu beschließen die Gründe, die für die Durchführung einer Arbeiterregierung zur Zeit ihres Amtsantritts entscheidend waren, auch heute noch. Eine Niederlage der Regierung ist aber unausweichlich, wenn sie auf Annahme ihrer Novelle in ihrer gegenwärtigen Fassung besteht. Die Konservative haben der Vorlage, wie einer ihrer Führer sagte, in unerklärlicher Feindschaft gegenüber. Sie haben beschlossen, eine zweite Lesung des Gesetzes abzulehnen mit der Bedingung, daß es eine große Unannehmlichkeit bedeute, wenn die Rufen der Unterhänse für Arbeitlose auf eine einzelne Klasse abgemildert werde.